

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 33.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinterrate pro 5spaltige Zeile oder deren Raum 25, für Bahst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 17. August 1907.

Verlag: A. Böhreberg, Hannover, Münzstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. A. S. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

Die wahrheitsgemäße Ausfüllung der ausgegebenen Fragebogen ist Pflicht aller Kollegen!

Zur Statistik.

Mit dem Austragen dieser Nummer beginnt das Einholen der ausgefüllten Fragebogen. Wer seinen Bogen noch nicht ausgefüllt hat, muß das sofort tun.

Zahlstellen, die zu wenig Bogen erhalten haben, müssen die fehlenden beim Vorstände nachfordern.

Die Betriebsfragebogen liegen dieser Nummer des „Proletarier“ bei.

Heute ist der 33. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen

bestehen in Langenberg, Saynan, Straßburg i. G., Raffel, Marne.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Reifsen, Dampferheim und Niel.

Zugung nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Geldlose Wirtschaft.

Die Funktionen des Geldes, als Kapital und Tauschmittel, sind vielen Menschen undurchdringliche Mysterien; aber jeder Spießer ist felsenfest davon überzeugt, daß die menschliche Gesellschaft ohne kapitalistische Wirtschaft nicht existieren kann. Diese Leute sehen auch nicht, wie aus dem Boden der kapitalistischen Unordnung überall Ansätze zu einer neuen sozialen Ordnung emporwachsen. Trotz heftigen Widerstandes der Interessenten treibt der sozialistische Gedanke überall, im Staat, in der Kommune und in der Privatwirtschaft, zu Neu- und Umformungen. Die Industrie der Gütererzeugung nimmt organisatorische Formen an, in denen man den Keim, die Wurzeln zu dem Gesellschaftsbau der Zukunft erblicken kann. Aber auch in der Kontrolle der Güterverteilung hat der Zukunftsstaat schon seine Vorläufer, die uns ad oculos demonstrieren, daß es ohne Geld geht. Es ist der sogenannte Ueberweisungsverkehr. Im Großhandel besteht er schon längst und ist verschiednen ausgebaut.

Es wird nicht jedes Geschäft, das die Großkaufleute abschließen, in bar reguliert. Die betreffenden Posten werden vielmehr von den Konten, die die Kontrahenten beim Bankier unterhalten, in Zu- oder Abgang gebracht; die Aufrechnung zwecks Ausgleich der Differenzen erfolgt am Monatschluß. So können z. B. zwei Kaufleute in einem Monat für eine Million Mark Waren kaufen resp. verkaufen und das Geschäft regulieren, ohne daß dabei mehr wie tausend Mark bar Geld als Tauschmittel in Funktion treten. A. verkauft z. B. an B. 6 Posten für 500 500 M. Betreibe und übernimmt von B. in 7 Posten für 499 500 M. Holz. Da die gegenseitigen Forderungen und Verpflichtungen jedesmal durch Ent- oder Belastung des respektiven Kontos bei der Bank reguliert werden, handelt es sich hier nicht um Kreditgeschäfte; trotzdem wird nur am Monatschluß zwischen den beiden Kaufleuten mit barem Geld reguliert, indem B. an A. die Differenz von 1000 M. auszahlt. Auch das ist nur nötig, wenn des ersteren Konto bei der Bank durch die Regulierungen gelöst ist. Durch dieses System und durch die Kreditwirtschaft werden Geschäfte abgeschlossen, deren Geldwert sich auf Milliarden beläuft, ohne daß dabei ein Pfennig bar Geld hin und her geschoben wird.

Aber auch im Kleinverkehr hat das Ueberweisungssystem bereits Einzug gehalten. Als technisch am weitesten ausgebildet gilt das in Hamburg eingeführte, und in Handelskreisen wird eine Uebertragung auf andere Plätze erwogen. Auf Veranlassung der Frankfurter Handelskammer hat Bankdirektor Thormart das Hamburger Ueberweisungssystem an Ort und Stelle studiert und das Resultat seiner Untersuchung in einem Referat an die Handelskammer niedergelegt. Und das, was Thormart schildert, beweist, daß schon in der kapitalistischen Gesellschaft das Geld als Tauschmittel fast vollständig ausgeschaltet werden kann. Denkt man sich das System konsequent durchgeführt: der Bankausweis tritt dann vollständig an die Stelle des Geldes, er ist die Quittung für die Leistung einer bestimmten Summe Arbeit, wie z. B. heute ein Zwanzigmarkstück die Quittung für eine Wochenleistung Schreinerarbeit darstellt. Doch lassen wir zunächst Thormart selbst sprechen:

Uebersteht man den ganzen Ueberweisungsverkehr, so ergibt sich, daß er in Wahrheit ein reiner Vermittlungsverkehr ist. Der Kunde beauftragt seine Bank, einen bestimmten Betrag einem Dritten zugehen zu lassen; unterhält der Dritte sein Konto bei der gleichen Bank, so vollzieht sich die Uebertragung in den Büchern der Bank, sonst gibt die Bank den ihr erteilten Auftrag an eine

zweite Bank weiter. Allerdings sind Anzeigen und Berechnungen mehrfacher Art hierbei notwendig, indessen ist alles Schreibwerk durch Benutzung zweckdienlicher Formulare auf das äußerste beschränkt. Die Arbeit der Banken ist trotzdem eine sehr große, da fast jeder Mann von der Einrichtung Gebrauch macht. Der Flecker und Kaufmann, der Industrielle und Gewerbetreibende, der Gastwirt, der Schlachter und Bäcker, die Staats- und Kommunalbehörden, das Postamt, was namentlich für den Kleinverkehr so wichtig ist, für die Einzahlungen und Auszahlungen, die öffentlichen und privaten Institute und Vereine, die Beamten vom Bürgermeister herab, die Richter, die Angehörigen der gelehrten Berufe, die Geistlichen, Lehrer, Advokaten und Ärzte, selbst die Privatbeamten, kurz, wer nur einigermaßen mit Geld zu wirtschaften hat, unterhält sein Konto bei einer Bank.

Also Bargeld ist fast gar nicht mehr notwendig. Thormart bemerkt, daß in tausend und aber tausend Familien der wohlhabenden Kreise Hamburgs keine 100 Mark Bargeld zu finden sein würden. Alle Rechnungen werden durch Ueberweisungen reguliert. Der Staat zahlt seinen Beamten kein Bargeld auf den Tisch, die Gehaltszahlung erfolgt durch Ueberweisung an die Bank. Hier erhebt der Beamte soviel Bargeld, als er glaubt nötig zu haben, mit dem übrigen Guthaben reguliert er durch die Bank seine eigenen Verpflichtungen. Die Schuster-, Schneider- und Bäckerrechnungen werden durch Ueberweisung bezahlt. Der Bäcker wieder kann seine Mehllieferanten durch Ueberweisung bezahlen usw. Vereine ziehen ihre Beiträge, Hauswirte die Miete durch Ueberweisung ein; durch Ueberweisung werden Steuern gezahlt und eingezogen. Auf diese Weise werden also nicht etwa nur große Summen beglichen; die Ueberweisungen umfassen die kleinsten Beträge. Thormart berichtet darüber:

Auf einem Ueberweisungsbogen der Norddeutschen Bank stand unter einer Ueberweisung von 430 908 M. eine andere von 13,50 M., unter einer solchen von 378 520 M. eine andere von 3,90 M. Auf einem Bogen wurden unter vielen großen Beträgen zwei Ueberweisungen von je 30 Pf. für Raigebühren der Eisenbahn-Güter-Kasse zugeschrieben und man versicherte mir, daß Ueberweisungen bis zu 10 Pf. herab keine Seltenheit sind. Ich selbst sah zufällig eine Ueberweisung von einem, sage und schreibe 1 Pf. Diese Ueberweisung war aber umso interessanter, als sich bei Nachforschungen herausstellte, daß sie von einem Mieter an seinen im gleichen Hause wohnenden Hausherrn geleistet worden war; wahrscheinlich hatte jener ursprünglich einen Pfennig zu wenig vergütet und holte dieses nun im Ueberweisungswege nach. Begreiflich genug: er brauchte keine Quittung darüber, denn die Bücher der zwei untereinander verrechnenden Banken geben noch zehn Jahre nach der Geschäftshierarchie Bestätigung. Ja, die Einrichtung ist so bequem, daß die Teilhaber einer Firma für ihren Privatgeldverkehr jeder für sich Bankkonten eröffnen lassen.

Thormart faßt sein Urteil über das Hamburger Ueberweisungssystem dahin zusammen:

„Wenn man von fast vollständigem Ersatz des Metallgeldes in unserem Zahlungsverkehr spricht, — hier ist er, da auch die Schuldverrechnungen der Banken innerhalb der Abrechnungssphäre durch Uebertrag der Saldi auf Reichsbank-Giro-Konten erfolgen, fast vollständig durchgeführt! ... Und in der Tat, der Hamburger Ueberweisungsverkehr birgt nicht nur alle oft erörterten Vorteile des Scheckverkehrs in sich; er ist, weit darüber hinausgehend, das Ideal des geldlosen Zahlungsverkehrs.“

Schließlich läßt sich der Ueberweisungsverkehr auch auf Lohnzahlungen für Arbeiter ausdehnen, so daß wir uns, theoretisch schon innerhalb der kapitalistischen Ordnung, die Gesamtwirtschaft ohne Bargeldverkehr vorstellen können. Damit muß aber auch die Einsicht in die Widersinnigkeit der Zins- und Rentenpflicht, der Tributpflicht der Arbeit für das Kapital wachsen. Es muß dem Arbeiter klar werden, daß sich auch ohne Mehrwert schludendes Kapital wirtschaften läßt, daß ohne zinsheischendes Kapital Güter erzeugt werden können. Durch die Entwicklung kapitalistischer Organisationen wird die Ueberflüssigkeit des Kapitals erwiesen.

Warum also soll der einzelne Arbeiter für das Kapital Jahr für Jahr Dividende und Zinsen erarbeiten, die oft den von ihm erlangten Lohn übersteigen, wenn das Kapital nicht unbedingt notwendig ist? Eine Vernunftbegründung dafür liegt nicht vor. Es wird aber so lange gesehen, wie nicht die Mehrheit des Volkes den Widerstand der bestehenden Verhältnisse erkannt hat. Je stärker der Gedanke des Sozialismus im Volke Wurzeln faßt und das Volk aufspritzt, läßt, die anarchische Wirtschaft durch eine wirklich soziale zu ersetzen, umso schneller wird die Menschheit vom Joch des plündernden Kapitalismus befreit werden.

Toren und Narren glauben besonders weise zu sein, wenn sie die Richterschen Mätzchen über den Zukunftsstaat nachplappern oder wenn sie die tiefgründige Frage aufwerfen: ob Bebel und Singer im Zukunftsstaat selbst ihre Stiefel putzen müßten! Es gehört tatsächlich nicht viel Verständnis dazu, um zu erkennen, daß die kapitalistische Entwicklung selbst es ist, die die Bedingungen und Formen einer neuen Gesellschaftsordnung schafft. Sie hebt die Gütererzeugung in ihrem revolutionären Entwicklungsgange auf die höchste Stufe der Produktivität und der vereinfachten Organisation durch Konzentration; und sie schafft auch schon

die Grundlage für eine andere Form der Güterverteilung durch Ausschaltung des Geldsystems.

Bessere Unfallversicherung für chemische Arbeiter!

„Müßte man auch weiterhin z. B. eine Bleivergiftung mit schweren Lähmungen, die in etwa 4 Wochen tödlich abläuft, während sie sonst erfahrungsgemäß zu einer solchen Entwicklung Jahre braucht, als eine Berufskrankheit (d. h. als keinen Unfall) ansehen, oder dürfte man eine Blindheit, die nach mehrtägigem Arbeiten mit einem Gifte eingetreten ist, nicht als Unfall bewerten, dann wäre es an der Zeit, an ein Ergänzungs-gesetz über die Entschädigungspflicht für Vergiftungskrankheiten zu denken, das sich in seinen Grundlagen auf toxiologische Erkenntnisse (d. h. auf der Wissenschaft von den Giftkrankheiten) aufbaut.“ Wieder einmal muß es der wissenschaftliche Freund der Giftarbeiter, der bekannte Berliner Forscher Professor Dr. Lewin sein, der als unbefristete Autorität auf diesem Gebiete obige Forderung erhebt und in einem mutigen Vortrage vertritt, den er im Reichsversicherungsamt gehalten hat. Die chemischen Kapitalisten werden zwar bei dem furchtbaren Gedanken daran, daß sie von ihren 20 bis 30 Prozent Dividende künftig 1 bis 2 Prozent mehr für die Opfer ihrer Betriebe ausgeben sollen, Lewins Sachkunde von neuem zu bezweifeln suchen. Und käufliche Federn finden sie ja immer genug, die sich gegen den unbestochenen Forscher spitzen. Aber das Reichsversicherungsamt selbst als Behörde hält die Lewinsche Forderung für so beachtenswert, daß es sie in seinen „Amtlichen Nachrichten“ (Jahrgang 1907, Nr. 3) abdruckt. Sie lassen sich also nicht mehr totmachen, zumal wenn sie die Arbeiter auf die Fahne ihrer Organisation schreiben und bis zu ihrer Erfüllung mit allem Nachdruck vertreten.

Weshalb aber ruft Professor Lewin nach einem solchen Ergänzungs-gesetz? Man hat bisher das Unfallversicherungs-gesetz sehr zum Schaden für die chemischen Arbeiter so ausgelegt: die lähmende Schädigung, die für einen Menschen durch die gewerbliche Beschäftigung mit Giftstoffen eintrete, brauche fast immer so viel Zeit zu ihrer Ausbildung, daß sie lediglich als Berufskrankheit angesprochen werden könne, deren Versicherung und Entschädigung den Krankenkassen zufalle, zu welchen bekanntlich die Arbeiter 2/3, die Unternehmer nur 1/3 der Kosten zahlen. Ein Betriebsunfall, den die Unternehmer allein zu bezahlen haben, müsse in einer kurzen, eng umschriebenen Zeit eintreten, und das sei bei durch Gifte erzeugten Leiden nicht der Fall. So mußten sich die von Bismarck als Millionärzüchter mit gutem Vorbedacht geschaffenen Unternehmer-Versicherungsgesellschaften für Unfallversicherung jede Ausgabe für diese Art Unfälle hübsch vom Hals zu halten. Und darauf erwidert nun Professor Lewin, daß in einer sogenannten langlamen (chronischen) Vergiftung nichts anderes, als das Endergebnis vieler einzelnen Vergiftungen zu sehen ist, die sich in gewissen zeitlichen Abständen zugetragen haben. Seine langsame Vergiftung ist keine ununterbrochene, wie etwa die Aufnahme von Luft in die Lungen bei der Atmung, auch keine zeitweilige, regelmäßig wiederkehrende, sondern eine durchaus von äußeren und persönlichen Verhältnissen des Betroffenen abhängige, nicht regelmäßig bei allen wiederkehrende. Deshalb seien auch solche Giftleiden Unfälle, nicht Berufskrankheiten. Es kann ein Arbeiter bereits monatelang mit einem Gifte nicht nur gearbeitet haben, sondern dadurch sogar krank, also langsam (chronisch) vergiftet sein, ohne daß dies ausschließt, daß er als Unfallverletzter betrachtet werden muß, wenn eine letzte, stärkere, den Zusammenbruch auslösende Giftwirkung eintritt, die das Körperwerk körperlicher Lebensäußerungen zum Stillstand bringt. Das Reichsversicherungsamt verlangt für die Anerkennung eines solchen Vergiftungs-Unfalls noch ein unerwartetes äußeres Ereignis, z. B. das Bewußtloswerden wegen Fehlens oder Versagens der Ventilation im Arbeitsraume. Professor Lewin dagegen vertritt sehr richtig die Ansicht, daß ein solches Ereignis auch schon gegeben ist durch eine vorhandene persönliche Veranlagung des Arbeiters, die für eine in die Lungen springende Giftwirkung besonders empfänglich und hochgepannt ist. Er wendet ganz zutreffend ein, daß die bisherige Ansicht zu ganz unhaltbaren Zuständen führt. So könnten zwei Arbeiter in je zwei getrennten Räumen mit Nitrobenzol gearbeitet haben. Beide verunglücken, der eine, weil die Ventilation nicht im Gange war, der andere, weil er auch bei Funktionieren der Ventilation schon dem Ansturm der Giftstoffe unterlag. Wäre das letztere kein Betriebsunfall, so bekäme von zwei Arbeitern, die beide unter genau denselben, nur der verträglichen Menge von Giftstoffen nach verschiedenen Umständen verunglückten, nur der erstere eine Unfallentschädigung, der

reitere nicht. Das Beispiel ist schlagend und beweist die Notwendigkeit der Verbesserung der Unfallversicherung für die chemischen Arbeiter.

Mehr nebenbei liegt, was Professor Lewin über die bekannte Unverträglichkeit der chemischen Arbeiter mit Giftstoffen auch hier wieder hervorhebt. Er sagt: „Was die Lage eines Gifstarbeiters besonders schlimm macht, ist der Umstand, daß er nur ganz ausnahmsweise die Giftgefahr an sich, aber niemals ihren Umfang kennt. Dies gilt schon für diejenigen, die beruflich in Giftbetrieben lange und eingearbeitet tätig sind, aber in noch viel höherem Grade für solche, die als Gelegenheitsarbeiter zeitweilig bald in diesem, bald in jenem Betriebe beschäftigt sind. Das Reichsversicherungsamt hat zwar einmal ausgesprochen, daß die auch aus einer solchen Giftbehandlung sich ergebenden schlimmen Folgen von jedem in Rechnung gezogen werden müssen (1), der in einem dazwischenliegenden Betriebe eintritt. (Das ist eine echte Bureaurentränke, die von der Kenntnis sozialer Verhältnisse, der Zwangslage und mangelhaften Volksschulbildung vieler Arbeiter wahrhaftig nicht angeknüpft wurde! Die Red.) Viele, vieler Jahrzehnte, vielleicht noch Jahrhunderte wird es aber bedürfen, um dieses erstrebenswerte Ziel zu erreichen, dem Giftarbeiter wissen zu lassen, warum und wie seine Gesundheit durch die Giftarbeit leiden kann, wenn er sich nicht genügend vorzieht und die Schutzvorrichtungen nicht genügend sind oder sein können.“ Soweit Professor Lewin. Wir möchten ihm versichern können, daß bei rühriger Unterstützung unserer Verbandsarbeit für Bildung, Unabhängigkeit und kürzere Arbeitszeit durch immer neue Mitglieder es keine „Jahrhunderte“ mehr dauert, bis Wandel geschaffen ist!

Der hervorragende und tapfere Gelehrte appelliert schließlich auch an die heutigen Unfallbehörden und meint, es könnten durch ihre einsichtsvolle Mitwirkung „auch innerhalb des Rahmens des heutigen Gesetzes noch mehr Vergünstigungen teilschaffend werden.“ Wir haben wenig Neigung zu einer solchen Annahme. Wir wollen lieber von jetzt ab mit aller Kraft in und durch unsern Verband und mit Hilfe der klugen Arbeiter für die Beseitigung der Kleinrenten durch Vereinigung der gesamten Arbeiterversicherung bei den Ortskrankenkassen, sowie für das Ergänzungsrecht kämpfen, das Professor Lewin in seinen eingangs angeführten Sätzen selbst für das sicherste Mittel zur Besserung der Unfallversicherung für chemische Arbeiter erklärt.

Aus der chemischen Industrie.

Eine neue Kapitalvereinbarung in der deutschen Delphinindustrie.

In den letzten Wochen ist durch die Gründung der „Deutschen Mineralöl-Industrie-Unternehmensgesellschaft“ zu Köln eine beinahe vollständige Vertikalisierung der deutschen Delphinindustrie vollzogen worden. Unter dieser Kölner Firma haben sich nämlich die bedeutendsten Unternehmungen des deutschen Delphinerz, der Sinesberger Heide, zusammengeschlossen, und zwar zu einem regelrechten Trust, d. h. nicht nur zur Vereinigung der Kapitalien, sondern auch zur einheitlichen Leitung der Unternehmungen und Regelung der Produktion. Auch hier ist die Organisation und Konzentration das Werk einer Großbank, und zwar stehen hinter dem Trust der Sinesberger Bankverein und der Deutsche Bankverein, wozu noch die holländischen Delphinwerke von der „Maatschappij tot Exploitatie van Oliebronnen in Hannover en Haag“ kommen. Außerdem gehört zu dem Trust der Deutsche Delphin-Industrie-Unternehmensgesellschaft (500 Prozent Dividende für das Geschäftsjahr 1905/06), die als Trägerin des Delphinerz Vertriebs eine überlegene Stellung in der Delphinindustrie einnimmt. Die Deutsche Mineralöl-Industrie-Unternehmensgesellschaft hat nämlich Anteile der Erdölwerke Niederdorf, G. m. b. H. in Celle, der Hannoverschen Erdölwerke in Uelzen und der Hannoverischen Erdölwerke erworben; außerdem sind von der holländischen Gesellschaft wiederum die sämtlichen Geschäftsanteile der Deutschen Erdölwerke in Wilhelmshaven erworben. In Wietze, dem Mittelpunkt des Delphinerzes, ist der deutsche Delphin mit einer Energie vorgegangen, die große Umwälzungen in der Industrie auszulösen hervorgebracht hat. Man hat in den dortigen Betrieben die Maschinenanlagen erweitert und damit den industriellen und lästigen Fuhrverkehr, wie er früher bestand, zum größten Teil schon verschwinden lassen können. Die bisher zusammenhängenden, ausgedehnten Anlagen haben hier mit eigenen Dampfmaschinen bessere Anschlüsse an die Staatsbahn erhalten. Außerdem ist über die ganze Anlage ein Hochdrucknetz gelegt, das den Betrieb zwischen den einzelnen Betrieben und von den Staatsbahnen nach den Betrieben überbrückt. In einer etwa 1500 Quadratmeter großen Werkstatt werden die Reparaturarbeiten der Dampf- und Pumpenanlagen ausgeführt, während die Formate an Metallteilen und Maschinenarbeiten in einer Halle von 1200 Quadratmetern untergebracht sind. Zur Befreiung des Delphinerz von Wasser und Schwefel wurden Anlagen geschaffen. Um das Öl besser in großen Mengen lagern zu können und auf diese Weise auch gegen verändernde Umstände des Marktes geschützt zu sein und auf die Möglichkeit einen Druck ausüben zu können, wurden enorme Tanks gebaut, die insgesamt 85 000 Kubikmeter (gleich 80 000 000 Kilogramm) Öl im Werte von 6,5 Millionen Mark aufnehmen. Die Produktionsanlagen der Werke der Deutschen Mineralöl-Industrie haben durch die Ausbesserung der herkömmlichen technischen Geräte und der sorgfältigsten Betriebsorganisation während der letzten 6 Monate einen stetigen Fortschritt erfahren, und die Produktion beträgt jetzt über 150 000 Kilogramm den Tag. Da in der letzten Zeit der Rückgang auf dem Weltmarkt der Deutschen Mineralöl-Industrie-Unternehmensgesellschaft bedauerlich bemerkbar ist, ist und bis Jahresbeginn eine beträchtliche Produktionssteigerung zu erwarten. Es ist gleichzeitig in Folge der Deutschen Mineralöl-Industrie-Unternehmensgesellschaft beider Erdölwerke nahmen an der gemeinsamen Produktion nicht teil, da die Verarbeitung des Delphinerzes immer noch sehr schwierig, zum Teil noch heute unmöglich ist. Aber auch hier wird gründliche Besserung herbeigeführt werden, und man sieht schon für die nächste Zukunft eine beträchtliche Steigerung zu erwarten. Das von uns angeführte Beispiel zeigt, daß man bestreben sollte, daß der neue Trust der Sinesberger Bankverein mit 50 Prozent herbeigeführt hat! Das letzte Wort des Delphinerzes ist aber noch lange nicht gesprochen; ist doch die Produktion bei den gegenwärtigen Preisen spielend leicht unterzubringen, und der Umsatz der Arbeiter bei den noch immer außerordentlich hohen Weltmarktpreisen. Die glänzende Lage des Trustes ist, jetzt am besten durch den, daß beständige Fortschritt zu erwarten ist, so können die Arbeiter die Produktion der verarbeiteten Stoffe auf eine Höhe von Jahren im Voraus anschauen. Wenn man sich nämlich die Delphinerz der Mineralölwerke so gut anschauen, wie ihre Arbeiter? Kann man doch die Verteilung des Lohnes unter den Arbeitern zu Wege bringen? Kann man sich vorstellen, daß die Arbeiter der Delphinerz der Mineralölwerke, wenn sie sich nicht der Arbeiterbewegung anschließen?

Chemischer Phosphatmarkt und den Maßregeln der Fabrikantenartelle schreibt man der „Köln. Volkszeitung“: „Man will durch die verhältnismäßig niedrigen Preise den französischen und belgischen Wettbewerb, soweit er nicht durch Verträge gebunden ist, vom deutschen Markt fernhalten. Für den Großhandel wird die Lage immer ungünstiger, denn einzelnen Verbänden von Verbrauchern werden höhere Vergünstigungen geboten, als selbst ganz bedeutenden Großhändlern. Daher ist es nicht zu verwundern, daß, namentlich in Süd- und Westdeutschland, sich starke Strömung bemerkbar macht, um von den Vereinigungen der Hersteller loszukommen. Leider wird das erstrebte Ziel nicht so leicht zu erreichen sein; denn man ist in der Vereinigung vor seinem Mittel zurück, um etwa neu auftretenden Wettbewerbern, welcher den bedrängten Großhändlern zu Hilfe kommen könnte, niederzuringen. Ein beliebtes Mittel sind die geheimen „Kampfabatte“. Auch von der Süddeutschen Herstellervereinigung sind für die kommende Verbrauchszeit im Herbst wieder recht hohe Kampfabatte für zum Teil oberbayerische, bayerische und württembergische in Anspruch gebracht, so daß es den fernliegenden Großhändlern in diesen Bezirken nur mit Verlust möglich ist, zu verkaufen. Werden doch Rabatte bis zu 40 M. per Wagon gegeben, während der wirkliche Nutzen im günstigsten Falle 30 M. per Wagon beträgt. Solange die Aufwärtsbewegung des Preises des Rohstoffes anhält, wird es den Vereinigungen der Hersteller ein Leichtes sein, den aufstrebenden Wettbewerb niederzuhalten. Aber wehe, wenn am Rohstoffmarkt die Preise ins Sinken kommen! Dann wird die Lage noch wesentlich ungünstiger, als vor fünf Jahren. Ob dann die rabattierten Leute in den Vereinigungen der Hersteller auch weiter die Oberhand behalten, ist mehr als fraglich. Das Vertrauen des Großhandels auf gerechtere Behandlung ist durch verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit stark erschüttert worden. Insbesondere sind es die rationalen Bestimmungen der Verbände der Hersteller, die am meisten Anlaß zu Klagen geben. Hat sich ein Großhändler einer Vereinigung von Herstellern angeschlossen, so muß er sich peinlich in acht nehmen, daß er ja nicht mit seinen „Herren“ in Streit kommt; sonst kann es unter Umständen viel Geld kosten! In Süddeutschland beispielsweise muß ein Großhändler für je 200 T. ein Abzug 1000 M. Bürgschaft stellen. Verschleht er gegen die Bestimmungen, so hat er, außer der Vertragsstrafe, noch zu gewärtigen, daß die Lieferungsperre für zwei Verbrauchszeiten über ihn verhängt wird.“ Dieselben Herren aber, die rücksichtslos die Sperre für ihr Phosphat aber ihresgleichen verhängen, wenn sie ihren Profit dafür schmälern wollen, schreiben nach Polizei, Staatsanwalt und Richter, wenn die Arbeiter über einen ihrer Betriebe die Sperre für ihre Ware Arbeitskraft erklären. Zweierlei Recht!

Die „Ehrlichkeit“ im kapitalistischen Chemikalien-Geschäft.
Schon seit geraumer Zeit wurde das Kaliumsalzgeschäft des deutschen Kaliumsalzmonopols in Holland durch Preisunterbietungen „empfindlich gestört“. Doch war es dem Kaliumsalz trotz aller Nachforschungen nicht möglich, den Ursachen beizukommen. Namentlich ist es aber, wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, dem Syndikat gelungen, einem anscheinend recht umfangreichen Kaliumsalzhandel nach Holland auf die Spur zu kommen und zunächst festzustellen, daß der von einer in der Nähe der holländischen Grenze domizilierten Firma durch Vermittlung einer Stassfurter Händlerfirma bezogene Kaliumsalz per Wasser widerrechtlich nach Holland weitertransportiert wurde. Der an der holländischen Grenze in hoher Höhe stehende Schrägweg hat sich also auch des Kaliumsalzes bemächtigt und hieraus sicher ansehnliche Profite erzielt, da die vom Kaliumsalz für Holland festgesetzten Höchstpreise ganz erheblich höher sind als unsere Inlandpreise, zu denen die Schrägweg beziehen. (Das ist einmal eine große Ausnahme, daß unsere kartellierten Unternehmungen auch in der Preisfestlegung „national“ sind!) Unangenehm dürfte diese Entdeckung auch für die in die Angelegenheit verwickelte deutsche Firma sein, so meint die bürgerliche Presse, die dem Syndikat gegenüber für rechtmäßige Verwendung der Ware, d. h. im Inland, einzustehen und jetzt unter Umständen eine recht empfindliche Konventionalstrafe zu zahlen hat. Wir sind nicht dieser Meinung. Unrechtheit lohnt sich für einen Kapitalisten immer besser, als Ehrlichkeit. Die Firma wird genug Hebel gemacht haben, daß sie die Strafe leicht tragen kann. Sie möchte sonst ganz aus der Art unserer deutschen chemischen Kapitalisten geschlagen sein.

Chemisches Kapital in — Afrika.

In Nordafrika erschließt sich soeben das Bank- und chemische Kapital von Italien neue Ausbeutungsgebiete, angezogen durch den politischen Streitigkeiten um Nordafrika erst begriffen leant. Eine „Gesellschaft für tunessische Phosphate“ in Tunis hat in ihrem ersten Berichtsjahre 1906 hauptsächlich die Lagerungen in ihren Minen erschloß und die zur Ausbeutung nötigen Vorarbeiten vorgenommen. Im April 1906 wurde mit der eigentlichen Produktion begonnen. In Souétra haben die Transportarbeiten am ersten Schicht bis Ende Dezember 300 000 Tonnen phosphathaltiges Mineral ergeben, man hat dort einen zweiten Schicht angelegt und ist auf 8 Meter tieferen Lager gestiegen, dessen Mineral 66 Prozent Triphosphat enthält. Weniger eifrig wurden die Arbeiten in der Mine von Le Sif gefördert; die Mineralmenge des Lagers, die nach wenigen weiteren Arbeiten gehoben werden kann, wird auf 100 000 Tonnen geschätzt; man rechnet auf eine Produktion von 200 Tonnen täglich, die nach einigen Monaten verdoppelt werden kann. Die Mine von Kalaa-Djerda soll erst später anzubauen werden, da die Verhältnisse etwas anders liegen als in Le Sif und Le Sif. Auch hinter dem Haus des Scherifs werden die Bohrungen weiter eifrig fortgesetzt, und es wurde eine der von Kalaa-Djerda ähnliche Mine gefunden, die später mit einer größeren Arbeiterzahl ausgebeutet werden soll. Lebhaft beklagt der erste Geschäftsjahr der Gesellschaft die ungenügende Wagenstellung durch die Eisenbahn Bône-Guelma; zur schleunigen Verwertung des Rohmaterials hat die Gesellschaft der Regierung eine Million Franken zur Verfügung gestellt. Im Hafen von Tunis stellt die Gesellschaft eine neue Verlade-Einrichtung her, welche die Kosten pro Tonne von 90 auf 35 Centimes herabsetzt. Endlich baut sie eine Fabrik zur Herstellung des Sprengstoffes „Promethen“, nachdem sie die erforderliche Genehmigung der Verwaltung trotz Einspruchs der französischen Promethen-Gesellschaft erhalten hat. Die Produktion belief sich in Souétra auf 86 000 Tonnen, in Le Sif auf 12 000 Tonnen, davon gingen 80 000 Tonnen nach Italien. Auf 5 Jahre ist die Produktion der Gesellschaft bereits veranschlagt, 150 000 Tonnen nimmt allein die Unione Italiana jährlich ab. Auf das Kapital von 4 Millionen Franken sollen bereits im ersten Jahre 12 Prozent Dividende verteilt werden. Interessant ist die gegenseitige enge Verbindung mit der Regierung der italienischen „Colonie“, der man einfach 1 Million für Bahnbauten zur Verfügung stellt und die dafür erlaubt, daß man Sprengstoffabriken unter fremden Patentnamen baut. Was haben die Arbeiter der Phosphat- und Sprengstoffindustrie noch alles zu lernen, ehe sie ihren Unternehmern gewöhnen sind!

X Götze a. M. In dem Chemikalienwerk Griesheim a. M. (Kategorie II) sind 5 Mann beschäftigt. Trotzdem seit 2 Tagen 1 Mann fehlte und 1 Mann eingearbeitet werden muß, wurde die Arbeit nach von den 4 Leuten fertiggestellt. Am Montag, den 22. Juli, kam nun der Präsident der Firma, Dr. Jfel, und verlangte, daß eine Arbeit eingestellt werden sollte, welche nicht in die betreffende Produktion gehörte. Auf die Antwort des Arbeiters, er wolle nachfragen, ob die Leute Überstunden machen wollten, meinte Dr. Jfel: „Wer keine Überstunden machen will, der steigt heraus.“ Als dann die Kollegen beim Götze ihrer Sache waren, kam Dr. Jfel noch einmal mit den Worten: „Die haben aufgehört, beim Portier liegt alles; wenn auch die anderen Leute gehen, so kommt alles in Ordnung und es gibt Kravall.“ Erst als Kollege Gerner ihn bedauerte, er, Dr. Jfel, selbst provozieren den Kravall und am Eingange der Säulen Wunde und dürfte er ihn nicht hindern, gab Dr. Jfel sich zufrieden. Am Dienstag, den 23. Juli, gab er bei dem Portier die Order, keine Leute, die einer freien Gewerkschaft angehören, mehr einzustellen. Als vor 2 Jahren die erste Lohnbewegung im Chemikalienwerk war, da hat die Firma nach ein paar Tagen Streik sofort mit der Dreiarbeit unterhandelt. Sollte sich ihr indifferente Arbeiter lieber, denn denen kann sie alles bieten. Im übrigen wurde ja Dr. Jfel, der erst im Juni der Staatsanwalt von der

I. Strafkammer in Wiesbaden als einen gangig wegen Vergewaltigung gegen die Gewerbeordnung bestraften Menschen bezeichnet, am Mittwoch, den 24. Juli, wie der „Proletarier“ schon berichtet, wieder mit 30 M. bestraft, und zwar vom Schöffengericht Häußel a. M. Es soll dies tatsächlich der dreifache Prozeß des Dr. Jfel wegen Gewerbevergehen sein. Der Gewerbeinspektor möge sich nun nur auch einmal um die Wabankfall im Chemikalienwerk kümmern. Dort sind 14 Bediensteten für circa 300 Mann, so daß immer einer auf den andern wartet. Dabei kein richtiger Platz zum Umkleiden, so daß die Duschern zuletzt nicht mehr wie Wäber, sondern wie Ställe aussehen. Auch verfehlt die Firma beim Abgange einzelner Arbeiter 30 Pf. abzuziehen, sobald ein Mann seinen Anzug ungewaschen abgibt, trotzdem er denselben bis zur letzten Minute bei seiner Schmutzarbeit trägt. Von einer solchen Zahlungspflicht steht jedoch nichts in den Statuten, und die Arbeiter brauchen diese Zahlung umso weniger zu leisten, als es häufig vorkommt, daß frisch anfangende Leute ungewaschene Anzüge erhalten. So ist es passiert, daß Leute, die in einem roten Raum arbeiten, des Abends auch noch grün oder blau gefärbt waren. Unsere Kollegen sollten alle diese Dinge mit genauen Beweisanangaben vertrauensvoll dem Frankfurter Gewerbeinspektor Dr. Mansfeld, Ribbafstraße, mitteilen. (Red.)

Aus der Papierindustrie.

Prämien in Papierfabriken.

Nicht laut genug können manche Fabrikleitungen ausposaunen, wie sie jederzeit bemüht sind, die materielle Lage ihrer Arbeiter zu heben, wie sie auch stets bestrebt waren, moralische Tugenden zu wecken und zu pflegen. Als ein vorzügliches Mittel, gleich beides mit einer Einrichtung im günstigsten Sinne beeinflusst zu haben, preisen viele Fabrikdirektoren ihr Prämienystem. Zu untersuchen, ob die Vobpreisungen der Herren betreffs ihrer Prämienysteme zutreffend sind oder nicht, dazu sollen nachfolgende Zeilen mit beitragen.

Zunächst will ich versuchen, die verschiedenen Prämienysteme aufzuzählen. Besonders drei Arten kommen in Frage. Am häufigsten trifft man wohl die Produktions-Prämien an, nach diesen folgt ein gewisses Sparsystem und weniger, aber doch nicht selten, bezahlt man auch Umfah- oder, was diesen fast gleichkommt, Reingewinn-Prämien.

Will ich zu einem überzeugenden, beweiskräftigen Endurteil kommen, so ist es notwendig, nicht nur die Wirkungen, sondern vor allem auch die Ursachen der betreffenden Einrichtungen zu kennzeichnen. Diese Ursachen zu ergründen ist für denjenigen, der lange Jahre mit Unternehmern und Fabrikdirektoren im persönlichen Verkehr stand, nicht schwer. Wer weiß, daß fast jedes zweite Wort, was die Herren über Wohlstan, die sie nur für ihre Arbeiter getan haben wollen, reden, eine Lüge ist, die nur zu dem Zwecke gesagt wird, sich selbst zu beweihrauchern und ernsthafte Sozialpolitiker, die aber meist ihre Maßnahmen nicht treffen können auf Grund persönlicher praktischer Erfahrungen, vor allen aber die Arbeiter zu täuschen, dem verraten schon die einzelnen Namen der Prämien-Gattungen die Entstehungs-Ursache.

Das Geld, das jeder Unternehmer in seinen Betrieb hineinstecken mußte, soll hohe Zinsen bringen. Und wenn hundertmal die Unternehmer behaupten, ihre Fabriken arbeiten mit Verlust und nur, um ihre alten Leute nicht brotlos zu machen, lassen sie weiter arbeiten, so sind doch diese Hundertfachen Behauptungen weiter nichts als leeres Gerede. Selbst wenn in diesem oder jenem Falle nachgewiesenermaßen wirklich eine Fabrik mit Verlust arbeitet, so kann doch der Betrieb nicht eingestellt werden, weil in diesem Augenblicke das Anlagekapital meist so gut wie verloren wäre, und um das zu verhindern, muß weiter gearbeitet werden, immer geschieht dies natürlich in der Erwartung auf endlich günstigere Ergebnisse. Niemals spielen dabei irgendwelche wesentliche Rücksichten auf die Arbeiterchaft eine Rolle.

Die beiden Hauptfaktoren zur Erzielung günstiger Gewinnergebnisse sind gute Maschinen und fleißige, tüchtige Arbeiter. Um nun die guten Maschinen bis zur höchsten Potenz nutzbringend zu verwerten zu können, ist natürlich notwendig, daß die Arbeiter ihre volle Kraft bis zur höchsten Leistungsfähigkeit einsehen, und damit sie dies ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit tun, wird ihnen als Köder die Produktions-Prämie vorgehalten. Hat sich der Arbeiter dann durch ein zu intensives Arbeiten in einigen Jahren ruiniert und ist er an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gekommen, dann sind immer wieder frisch Kräfte zu haben, welche der Köder Prämie reizt, und das grausame Spiel kann von neuem beginnen. Frohlockend betrachtet der Unternehmer das mörderische Schachspiel und denkt im Stillen, der Hauptzweck des Prämienystems ist erreicht, die produktive Leistungsfähigkeit meines Unternehmens steht auf der Höhe und die Masse bringt den Gewinn.

Laut verkündet er, wie anfangs gesagt: Durch mein Prämienystem habe ich das Einkommen meiner Arbeiter verbessert und sie zu tüchtigen, fleißigen Menschen erzogen! Die einzige Ursache zur Einführung war jedoch die Aussicht auf höheren Gewinn, der durch intensiveres Arbeiten erzielt werden muß. Bei der Spar-Prämie richtet sich das Augenmerk vornehmlich darauf, durch größte Sparfameit und Aufmerksamkeit der Arbeiter möglichst alle Rohmaterialien, Maschinen und Werkzeuge recht günstig zu verwerten oder wenig abzunutzen. Die Geschicklichkeit des Arbeiters soll er-möglichen, aus einem minderwertigen Rohstoff ein immer noch recht ansehnliches Fabrikat herzustellen, bei dem Lauf der Maschinen durch Minderverbrauch an Öl, Puhwolle und dergleichen die Betriebskosten zu verringern, sowie recht oft mit den mangelhaftesten Einrichtungen vorlieb zu nehmen. Die Sparprämie verführt die Arbeiter mit manchen Unannehmlichkeiten. Der Unternehmer lacht sich ins Fäustchen ob der schönen Reingewinne, die ihm der Köder Sparprämie einträgt. Laut posaunt er auch hier: Besseres Einkommen der Leute, gewissenhafte, aufmerksame Arbeiter sind die Folge meines Sparprämienystems.

Das ganerhaft raffinierteste Prämienystem ist aber die von mir genannte dritte Gattung. Unter Hinweis auf die am Geschäftsjahresabschluss winkende Prämie wird der Arbeiter immer und immer wieder angefeueret, alle seine Kräfte anzusetzen, unerträglich tätig zu sein, alle Aufmerksamkeit anzuwenden, seine ganze Geschicklichkeit aufzubieten — und wie willig beißt oft der unerfahrene Arbeiter auf den Köder — ist aber der Jahresabschluss gekommen, so ist der Arbeiter ganz

in den Händen seines Auslassers, denn was letzterer für genügend erachtet, das muß dem Arbeiter auch genügen, nicht die geringste Kontrolle kann ausgeübt werden.

Nicht selten kommt es vor, daß die Verteilung der paar Mark Prämie noch unter Ablehnen Nachfragen und Scheltworten stattfindet, da durch Trägheit, Unaufmerksamkeit und Ungehörigkeit der Arbeiter leider nichts verdient worden sei. Andere Herren setzen wieder und bedauern lebhaft, dem Arbeiter leider nicht mehr Prämie geben zu können, da durch wer weiß alles welche mühseligen Geschäfte der Umsatz oder Meingewinn eben nur ganz bescheiden sei. Die klugen Geschäftsherren wissen dabei immer ihre Reden in so plausibler Form vorzutragen, daß den Arbeitern oft gar nicht entwirrbaren Prämienysteme einen einseitigen festen Lohn zu sehen. Das können sie aber nur dann, wenn sie durch Stärkung der Organisation ihrer Forderung den gehörigen Nachdruck verleihen. Gutwillig geht das Unternehmertum von dem für sie so profitablen System nicht ab.

Hoffen und Harren macht manchem zum Narren! Den Arbeitern muß es gesagt werden, daß Prämien, gleichviel in welcher Gestalt sie berechnet und ausbezahlt werden, weiter nichts sind als Köder, welche dazu dienen, den Arbeiter bis zur höchsten Potenz auszunutzen. Das Bestreben der Arbeiter muß deshalb dahin gehen, an Stelle der komplizierten, von den Arbeitern oft gar nicht entwirrbaren Prämienysteme einen einseitigen festen Lohn zu sehen. Das können sie aber nur dann, wenn sie durch Stärkung der Organisation ihrer Forderung den gehörigen Nachdruck verleihen. Gutwillig geht das Unternehmertum von dem für sie so profitablen System nicht ab.

Gegeu den Arbeiterschuß. Die preussischen Gewerbeinspektionen haben an die Papierfabriken einen Fragebogen geschickt, in dem um Auskunft darüber ersucht wird, in welchem Umfang von der gesetzlichen Erlaubnis, den Betrieb des Maschinenbetriebes der Papiermaschinen in Gang zu setzen, Gebrauch gemacht wird. Der Fragebogen beschäftigt sich mit der Ermittlung der Zahl dieser Sonn- und Feiertage im Jahre, mit der Zahl der mit Arbeiten solcher Art beschäftigten Arbeiter sowohl an Sonntagen, wie an Werktagen, mit allen sonstigen an Sonn- und Feiertagen ausgeführten Arbeiten und schließlich mit der Zahl dieser Sonntage und der Zahl der jeweilig dabei Beschäftigten.

Die Papiermagnaten haben nun Angst, daß ihnen das Recht, ihre Arbeiter auch am Sonntag zur höheren Ehre Gottes ausbeuten zu dürfen, beschränkt oder genommen wird, zumal die angezogene Erlaubnis durchgängig nicht zur ungestörten Fortsetzung des Betriebes notwendig ist. Auf der Generalversammlung des Vereins deutscher Papierfabrikanten, die am 21. Juni in Neustadt a. S. stattfand, ermahnte deshalb der Vorsitzende Brücker die Anwesenden, "daß Maß von Arbeit, nach dem in jener Erhebung gefragt wird, nicht zu gering zu bemessen". Denn, führte Herr Br. weiter aus: "Je geringer wir es bemessen könnten, vielleicht in der unangenehmen Befürchtung, mit weitergehenden Angaben Anstoß zu erregen, desto größer wäre die Beschränkung zu rechnen, mit der wir als einer drohenden zu rechnen haben."

Das ist wirklich interessant. Herr Br. kennt seine Pappenhäuser! Von einer Ermahnung zur Wahrheitsgemäßheit in der allgemeinen Regel, die Tatsachen so zu scharf, als ob Ueberarbeit von den Arbeitern nur wenig geleistet würde, diesmal abzuweichen und: "Das Maß nicht zu gering bemessen", weil sonst gesetzliche Beschränkung der Ausbeutungsfreiheit eintreten könnte. Auf die Wichtigkeit solcher von Unternehmern eingeholten Auskunft wirft die Bemerkung ein recht eigenes Licht. Dieselben Kreise aber, die so bewußt und offen an der tendenziösen Färbung einer behördlichen Umfrage arbeiten, schimpfen und weinern über Tendenzstatistiken, wenn die Arbeiter das Glend ihrer Klasse einmal zahlenmäßig aufrollen, obwohl dieselben nie die Parole herausgeben: "Das Maß nicht zu gering bemessen"! Es ist doch etwas Eigenes um die Unternehmertugend!

Noch eins ist charakteristisch! Die Unternehmer jammern immer, daß bei Schaffung von Arbeiterbeschäftigung so wenig Rücksicht auf die Betriebe genommen wird, und eine Reihe bürgerlicher Arbeiterfreunde" verwiesen die Arbeiter mit Vorliebe auf die Gesetze, als geeignetes Mittel zur Besserung ihrer Lage. Wäre dem so, dann müßte doch die Gesetzgebung um so eher eingreifen, je größer ein Mißstand ist. Die einfache Tatsache aber, daß die Schutzgesetze erst dann eingeführt werden, wenn festgestellt ist, daß das, was das Gesetz bezweckt, durch die Kämpfe der Arbeiter schon zum erheblichen Teil erreicht ist, beweist das Gegenteil. Die Gesetze sanktionieren in der Regel nur das von den Arbeitern im täglichen Kleinkampfe Errungene. Die Papierfabrikanten glauben nun, daß diese Sanktion vorläufig noch nicht in ihrem Interesse liegt, weil sie hoffen, bei ungünstiger Konjunktur die Arbeiter wieder zurückwerfen zu können. Für die Arbeiter ist das eine Mahnung, durch Stärkung ihrer Organisation dafür zu sorgen, daß das nicht eintritt.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Sirich-Dundersche Verräterakt. Sommerfeld (Lausitz). Ein widerliches Gefühl beschleicht uns jedesmal, wenn wir uns mit den Harmonieaposteln Sirich-Dunderscher Obervanz beschäftigen müssen. Deshalb sind uns auch alle Begehungen, die uns von diesen nationalen Friedensjüngern zuteil werden, äußerst gleichgültig. Nur hin und wieder, wenn es das Interesse der Arbeiterschaft erfordert, müssen wir dieses Gefühl zu überwinden suchen, um das Treiben dieser modernen Charlatane als das zu bezeichnen, was es ist. Das ganze Streben und Wesen dieser Fluggewerkschaften ist nur eine Spekulation auf die Leichtgläubigkeit und Unerfahrenheit gewisser Arbeiterkreise. Nach Art der Marktschreier suchen sie ihren billigen, wertlosen Schund durch großen thönenden Wortschwall als allein echte und gute Ware an den Mann zu bringen. Aber nur einmal gelingt ihnen dieses unsaubere Geschäft, denn wer einmal bei diesen billigen, Falben hereingefallen ist, der ist kuriert für immer.

Auch unsere Sommerfelder Ziegeleiarbeiter können etwas von einem solchen Vereinfachen erzählen. Ende Juni traten dort unsere Kollegen zur Auflockerung ihres armseligen Verdienstes in den Streik. Da nun auch der S.-D. Gewerbeverein der Zöpfer und Ziegler mit angeblich 98 Mitgliedern in Frage kam, so machten unsere Kollegen gemeinsame Sache mit ihnen. Die Konjunktur war gut, kein einziger Stein vorrätig, zwei Drittel der Arbeiter organisiert, die Kampfstimmung vorzüglich, das alles deutete auf einen kurzen Kampf und baldigen Sieg. Aber unsere Kollegen und auch die Gewerbevereiner hatten die Rechnung ohne die S.-D. Mächer aufgestellt. Schon bei Beginn des Kampfes stellte sich heraus, daß diese Mächer gestunken hatten. Nicht 98, sondern nur 58 Mitglieder hatten sie, so daß mit 40 Indifferenzen mehr gerechnet werden mußte. Ferner hatten sie ihren Mitgliedern die gleiche Unterstützung versprochen, wie sie unsere Mitglieder erhielten. Aber versprochen ist leichter als halten. Denn als die erste Streikwoche zu Ende war und unsere Kollegen ihre Unterstützung erhielten, waren die Gewerbevereiner der Kollegen, es war kein Geld da. Ja, der Kassenbestand war sogar kurz vor der Lohnbewegung noch schamlos an den Generalrat abgeführt worden. Mit einem Almosen von 1,55 Mark, die gelegentlich des S.-D. Agitationsfestes in Sommerfeld gesammelt wurden, hatten sie ihre Mitglieder abgespeist. Damit erhielt aber nun der Streik eine neue Wendung, denn ein Teil der Gewerbevereiner ging, nachdem sie keine Unterstützung erhielten, wieder in die Betriebe, um die Arbeit aufzunehmen. Auf die übrigen war ebenfalls kein Verlaß mehr, so daß unsere Kollegen noch zu retten verstanden, was zu

zeiten war. Die Ziegeleiarbeiter machten denn auch das Zugeständnis, die Stundenlöhne, die früher 18—23 Pf. betragen, allgemein auf 25 Pf. zu erhöhen. Die Kollegen gaben sich in Anbetracht der veränderten Verhältnisse damit zufrieden. Als nun die Lohnkommission nach Gassen bei Sommerfeld kam, um auch für die dortige Ziegelei, in welcher circa 200 Mann beschäftigt werden, diese Lohnaufbesserung festzulegen, mußte sie zu ihrem Entschluß zurückkehren, daß die Forderungen der Sonderabmachungen getroffen hatten, die bedeutend niedriger waren. Zwei Pfennige pro Stunde hätten sie durch ihren Verrat erreicht. Auf Grund dieser Sonderabmachungen nahmen denn auch die Sommerfelder Ziegeleiarbeiter ihre Zugeständnisse wieder zurück und bewilligten ebenfalls nur 2 Pf., während es vorher 2—7 Pf. waren. Durch diese Verräterakt waren nun unsere Kollegen gezwungen, den Kampf abzugeben.

Wenn nun die große Mehrzahl der Ziegeleiarbeiter (denn nur einige erhalten 25 Pf.) wöchentlich nur 1,50—3,00 Mk. geschäftig ist, dann haben sie es den nationalen Beschleppern des Gewerbevereins zuzuschreiben. Aber auch unter den Gewerbevereiner beginnt es allmählich zu sagen, sie erkennen immer mehr, wie schädlich sie von diesen Marktschreier betrogen werden, daß der hochfliegende Wortschwall, der bei jeder Gelegenheit losgelassen wird, nur elende Phrasendrescherei ist. Bei dem letzten Agitationsfest in Sommerfeld zitierte der Zentralratsvertreter F. Neufeldt-Berlin noch das schöne Dichterwort: "Allen Gewalten zum Trost sich erhalten, mutig sich zeigen, niemals sich beugen", und einige Wochen später finden wir hinterlistigen Verrat und Zahlungsunfähigkeit. Noch nicht einmal ihren Teil der gemeinsamen Streiklohn, die unser Verband auslegte, konnten sie bis jetzt zurückerlangen. Für so schädel hatten wir sie bisher doch nicht gehalten. Hier hat sich wieder deutlich gezeigt, daß die S.-D. Gewerbevereiner immer mehr der Selbstjagd verfallen, denn gleich den Selben, sind sie der Hort des Kapitals. Wo sie dominieren, suchen sie sich die Gunst der Unternehmer zu erwirken, und dort, wo sie durch die übrigen Gewerkschaften zum Kampfe gezwungen werden, suchen sie sich durch Verrat bei den Unternehmern lieb Kind zu machen. Das ist das nationale Strauchrittertum der Arbeiterbewegung, das sich ammaßt, die Arbeiterkraft stark machen zu können gegen die Willkür eines in sozialen Dingen noch rücksichtslosen Unternehmertums.

Ein Glüd aber ist es für die gesamte Arbeiterbewegung, daß die Masse der Beschäftigten und Unerfahrenen, auf deren Kosten der Gewerbeverein sein Dasein bis jetzt fristete, immer mehr zusammenschmilzt, daß der Woblen, auf dem er bis jetzt vegetierte, immer mehr ins Wanken gerät, und die Zeit, wo er im Orkus verschwindet, immer näher rückt. Je eher diese Zeit kommt, desto eher wird die Arbeiterklasse von einem Hemmschuß, von einem Webel befreit sein.

Die Aufgabe der Ziegeleiarbeiter aber wird es sein, aus diesem Streik die richtige Lehre zu ziehen, sich einer Organisation anzuschließen, die die Interessen der Arbeiter und nicht die der Unternehmer wahr. Es ist ja auch ganz ausgeschlossen, daß ein Föderationsorgan, wie der Gewerbeverein der Zöpfer und Ziegler, der weder über Mittel noch über Mitglieder verfügt, die Interessen der Arbeiter vertreten könnte. Er ist zur ewigen Dummheit verurteilt und wird sich niemals über die Tätigkeit eines Schmarozers und Maulhelden erheben können. Dieser Gewerbeverein, in welchem außer Zöpfer und Ziegeleiarbeiter noch Angehörige aller indolenten Berufsvereine sind, zählte Ende 1906 1717 Mitglieder. In fünf Jahren hatte er eine Zunahme von ganzen 360 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Einnahme betrug im Jahre 1906 9993,55 Mk. Verausgabte wurden für Verwaltungskosten 1679,38 Mk. und für das Vereinsorgan 1629,50 Mk. Für Streiks und Ausperrungen wurden ganze 123 Mark verausgabte. (Unsere Organisation verausgabte in derselben Zeit hierfür über 700 000 Mark.) Diese wenigen Zahlen beweisen die ganze Unfähigkeit des Gewerbevereins, auch nur das geringste für die Arbeiterklasse zu tun können. Und diese kleinen Vermögern schreiben vor nicht allzulanger Zeit: "Das 20. Jahrhundert gehört den deutschen Gewerbevereinen." Man weiß nicht, ob man sie ob ihrer Aufgeblähenheit mehr bedauern oder bewundern soll. Jedenfalls aber wird das erstere am Platze sein. Die Ziegeleiarbeiter von Sommerfeld und Umgebung aber sollten sich den ganzen Verlauf der Lohnbewegung tief ins Gedächtnis prägen, besonders die Verräterei der Siriche, durch die sie um die Früchte ihres Kampfes betrogen wurden. Das gilt aber auch für alle Ziegeleiarbeiter, die noch dem Gewerbeverein angehören. Für sie gilt es, diesen Duellanten den wohlverdienten Tritt zu geben und sich der Schar ihrer Arbeitsbrüder im Fabrikarbeiterverband anzuschließen. Dann werden sie in Zukunft nicht mehr mit einem Almosen abgespeist und zu Lohnräubern herabgewürdigt werden, sondern sie werden mit ihren Schicksalsgefährten Schulter an Schulter kämpfen, den Sieg gemeinsam erringen und den Segen gemeinsam genießen.

Nordwestdeutschland.

In den Betrieben, in denen unsere Organisation noch nicht die erforderliche Aktionsfähigkeit erlangt, hat es in dem verflohenen Halbjahr oft Mühe gekostet, das Drängen unserer Mitglieder nach Verbesserung ihrer Lebenslage in vernünftige Bahnen zu lenken. Die brutale Rücksichtslosigkeit, mit welcher eine gewisse Sorte Unternehmer jede Regung der Arbeiterschaft zwecks Erlangung menschenwürdiger Zustände entgegentritt, erfordert denn auch, unsere Waffen genau zu prüfen, bevor wir den Kampf mit einem gut gerüsteten Gegner aufnehmen.

Die erste Vorbedingung bei einem in Aussicht genommenen Lohnkampf ist zweifellos eine starke Organisation, ohne diese dürfte es unter den heutigen Verhältnissen kaum noch möglich sein, den Unternehmern Zugeständnisse abzurufen. Ueberall dort, wo diese Voraussetzung nicht zutrifft, haben wir in fast allen Fällen mit Niederlagen zu rechnen.

So gart es z. B. unter den Arbeitern in der Zementindustrie Nordwestdeutschlands ganz gewaltig. Lande von Arbeitern sind in diesen Vorabes beschäftigt, die mit Vorliebe aus kulturell rückständigen Gegenden angeworben werden und deshalb für die Organisation schwer zu gewinnen sind. Durch den Bau von Reisestrafen sucht man diese Lohnsklaven den Verlehr mit der Außenwelt fast vollständig abzuschneiden, um von denselben die Aufmerksamkeit nach Möglichkeit fern zu halten. Aber diese Schranke ist bereits teilweise durchbrochen, das Zusammengehörigkeitsgefühl fängt an, bei den Zementarbeitern Wurzel zu schlagen. Die besten Agitatoren bilden hier die schickliche Behandlung, Ausbeutung, Unterdrückung und die rigorosen Bestimmungen der Fabrikordnungen.

Die Fabrikordnung für die Portland-Zementfabrik Hemmoor lautet z. B. unter Paragraph 5 folgendes: "Jeder Arbeiter ist nicht nur dem Meister oder Aufseher, bei welchem er arbeitet, sondern allen Meistern und Aufsehern der Fabrik, sowie den Oberaufsehern, den Oberbeamten und Direktoren untergeordnet und verpflichtet, allen Anordnungen der gesamten Vorgesetzten pünktlich und willig Folge zu leisten."

Außer gegen die vorgenannten Personen haben die Arbeiter auch gegen die übrigen Angestellten der Fabrik ein anständiges und höchstes Betragen zu beobachten. Die Arbeiter haben auch außerhalb der Fabrik zu grüßen, und zwar durch Anlegen der Hand an die Kopfbedeckung. Jeder vorchriftsmäßige Gruß muß von den Vorgesetzten erwidert werden."

In demselben schreibid-schindrigen Ton sind die übrigen Bestimmungen der Fabrikordnung gehalten. Wenn man bedenkt, daß letztere für den Arbeiter einen Teil des Arbeitsvertrages bedeutet, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn der Zementarbeiter beginnt, sich aus dem Banne dieser Verbeugung zu befreien. In der Zementfabrik "Saturn" legten die Arbeiter an der Werkbrücke die Arbeit nieder, weil jeder 8—10 Mk. zu wenig ausbezahlt erhalten und der Betriebsleiter eine diesbezügliche Verhandlung rundweg ablehnte. Die als Ersatz herangezogenen Italiener weigerten sich, zum Schanden der Betriebsleitung, die Arbeit zu verrichten. Jetzt erst erklärte letztere sich bereit, das Geld nachzugeben. Damit waren die Arbeiter einverstanden und nahmen die Arbeit wieder auf. In der Breitenburger Fabrik in Lagerdorf ist einem Teil der Arbeiter im Frühjahr ein Lohnaufschlag von 10 Prozent gewährt

worden, der aber jetzt wieder rückgängig gemacht werden soll. Hoff wird den Arbeitern das Leben derartig sauer gemacht, daß sogar Italiener und Slowaken es vorziehen, den Ort zu verlassen.

Lange genug haben die Zementarbeiter die schändlichste Behandlung ertragen, der geringste Anlaß genügt, um das Maß zum Ueberlaufen zu bringen. Hoffentlich ziehen unsere Kollegen in der Zementindustrie hieraus die Konsequenzen und schließen sich rechtzeitig der Organisation an, denn nur durch diese wird es uns ermöglicht, eingehendes Nemebr zu schaffen.

Traurige Zustände herrschen in der Zuckerraffinerie von Müchahelles u. Co. in Schulan. Seit Gründung der Fabrik ist die Firma stets bestrbt gewesen, billige Arbeitskräfte aus Polen und Schlesien heranzuziehen. Die an den Zentrifugen beschäftigten Arbeiter gerieten Anfang Januar mit dem Betriebsleiter wegen eines früher gemachten Abkommens in Konflikt. Durch rechtzeitiges Eingreifen des Vorstandes erloschen die Differenz zunächst als erledigt.

Später jedoch legte sich der Chef ins Mittel und erklärte den Vertretern der Arbeiter, daß er die alten Abkommens nicht bejahen könne, Abzüge dagegen sollten nicht stattfinden. Hierüber empört, stellten die Zentrifugenarbeiter, obwohl dieselben wiederholt ermahnt wurden, einen günstigeren Zeitpunkt abzuwarten, die Arbeit ein. Ihnen folgten bald eine Anzahl Arbeiter aus den übrigen Abteilungen, wovon nur ein Bruchteil organisiert war. Verhandlungen mit der Firma verliefen resultatlos. Von dem anhaltenden Frostwetter begünstigt, gelang es berelben bald, unter dem Schutze der heiligen Hermandad, genügend Arbeitswillige aus dem Raschemmerviertel Hamburgs und aus Schlesien heranzuziehen. Nach mehrwöchentlicher Dauer mußte der Streik abgebrochen werden. Hier hat es sich einmal wieder deutlich gezeigt, daß man auf die Elemente, die erst beim Beginn eines Konfliktes die Organisation betreten, nicht bauen kann.

In der Drahtspinnerei von Müller-Bismar legten unsere Kollegen wegen Lohnbifferenzen und infolge der Entlassung von sechs Verhandlungsmitgliedern ebenfalls die Arbeit nieder. Bei diesem Schmarozel war die Möglichkeit gerade nicht ausgeschlossen, einen Erfolg herauszuschlagen, aber — eine Anzahl unserer nagehenen Mitglieder waren noch nicht von der Notwendigkeit des Kampfes durchdrungen; fünf Spinner, wofür der Fabrikant keinen Ersatz zu verschaffen vermochte, wurden sahnensüchtig, wodurch das Schicksal der Differenz festgelegt wurde.

In der Norddeutschen Leberfabrik Stade zeigten unsere Mitglieder, ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des Streikreglements zu nehmen, ebenfalls eine Forderung ein. Ueber den Ausgang dieser Bewegung ist im "Proletarier" eingehend berichtet worden.

Die vorstehend angeführten Niederlagen hätten sich vermeiden lassen, wenn die Beteiligten den Ratsschlagen der Vertreter des Verbandes gefolgt wären.

Geschäfter ist bei nachstehenden Lohnbewegungen operiert worden. Unseren Kollegen in dem Fabrikbetrieb der Kaltwerke Jessenitz in Lübitzen wurde durch Ausschlag ein erheblicher Abschlag in Aussicht gestellt. Durch rechtzeitiges Eingreifen wurde der Anschlag vereitelt. Die Betriebsleitung sah sich genötigt, folgendes bekannt zu geben:

Herr Doktor R. scheidet aus seiner Stellung als Direktor und Vorstand vom Jessenitzer Werk aus. Die von Doktor R. vom 14. d. Mts. bekanntgegebene, t. 1. März 1907 geltende allgemeine Herabsetzung der Abschlagsfindet nicht statt. Statt dessen soll eine Revision der Abschläge unter vorheriger Heranziehung der betreffenden Arbeitsgruppe erfolgen.

Nur dadurch, daß die Kollegen über eine gute Organisation verfügten, war die Abwehr möglich.

Durch Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung erreichten die Kollegen in der Dachpappenfabrik von Junge-Jehoe, im Gießerei Sägerwerk-Grevesmühlen, die Hilfsarbeiter der Lederfabrik Wülfer und Mälzerei daselbst, in der Norddeutschen Papierfabrik (Holländerkaal), Uelzen, im Gaswerk und in der Zementfabrik Neumünster, in diversen Betrieben in Hamburg, Harburg, Begeborn, Altona, Bremen, Elmshorn, Kiel, Zementfabrik und die an Bauten beschäftigten Kollegen Lagerdorf, Gießerei Holmlager und H. v. Besen, Zementfabrik, Glüdabst usw. einen Mehrverdienst von durchschnittlich zwei Mark pro Woche.

Außer einigen kleinen Konflikten wurden Mitglieder unseres Verbandes durch den Streik der Zementarbeiter in Elmshorn, der Aussperrung in der Aktiengesellschaft Weser in Bremen und der Firma Friedrich u. Co. in Osterholz-Scharmbeck in Mitleidenschaft gezogen. Lohnbewegungen mit Arbeitseinstellung sind hier zu verzeichnen. Die Kollegen in der Hartsteinfabrik von Thorn u. Co., Neumünster, erreichten nach einem dreitägigen Streik eine Lohnerhöhung von 30 Pf. pro Tag. Denselben Erfolg zeigte die Lohnbewegung der in den Fassfabriken Rauenburgs als Hilfsarbeiter beschäftigten Kollegen nach sechswochentlicher Dauer. Infolge Lohnbifferenzen kam es bei der Firma Rodt, Hamburg, zu einer Arbeitseinstellung. Für Abschlagsarbeit wurde ein Aufschlag von 10 Prozent erzielt, außerdem eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde. Der Streik dauerte 15 Tage. Der Streik in dem Vinolenwerk "Schiffelmark" Delmenhorst, endigte nach einem siebenwöchentlichen hartnäckigen Kampf mit einem günstigen Erfolg für unsere Kollegen. Sämtlichen Lohnarbeitern und Arbeiterinnen ist eine Zulage von 2 Mk. pro Woche gewährt.

Mit Vorstehendem haben wir in gedrängter Form eine Uebersicht über die Lohnbewegung im letzten Halbjahre gegeben. Ein solches Resultat konnte nur erzielt werden unter der aufopfernden Mitarbeit unserer gesamten Kollegen.

Unsere Aufgabe muß es nunmehr sein, mit erneuter Kraft für weitere Stärkung unserer Organisation zu sorgen, das Solidaritätsgefühl derjenigen zu wecken, die bisher in stumpfer Gleichgültigkeit unseren Bestrebungen gegenüberstanden.

Deshalb unter dem Banner der Organisation vorwärts! Fris Vorget.

Streiks und Lohnbewegungen.

Hamburg. Der Streik der Kollegen der Delfabril von de Bruyn in Wandsbek ist beendet. Erreicht wurde die Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde bei Zahlung des bisherigen Lohnsatzes. Die Arbeiter des "Kimoja"-Lederwerkes in Stellingen zeigten am 17. Juli eine Lohnforderung ein. Auf dem Wege der Verhandlung, welche von dem Vertreter unserer Organisation und dem Gauleiter des Lederarbeiter-Verbandes geführt wurden, wurde folgendes erreicht: Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden; Bezahlung des bisherigen Lohnsatzes für Tagelöhner von 4 Mk. in 9 Stunden; Gemäßung eines Aufschlages von 5 Pf. für Ueberstunden und Sonntagsarbeit für alle Kategorien; die in den letzten Tagen erhöhten Lohnsätze der Abschlagsarbeiter bleiben bestehen; Erhöhung des Wochenlohnes der Geizer von 30 auf 31 Mk.; Anerkennung eines Ausschusses, welcher bei den entstandenen Differenzen zwischen der Firma und den Arbeitern zu vermitteln hat, bei nicht zu schlichtenden Punkten entscheidet die Organisation. Das ganze wurde am 18. Juli festgelegt. Der Tarif hat Gültigkeit vom 1. August 1907 bis 31. Dezember 1908.

Jedenfalls ein erfreuliches Resultat, wenn man die gegenwärtige laue Konjunktur auf dem Lebermarkt in Betracht zieht und das Organisationsverhältnis des Betriebes noch vor wenigen Wochen sich hergegenwartigt.

Marne. Seit dem 1. August befinden sich die Arbeiter der Hüttenwerke Marne im Zustand. Dieselben zeigten am 21. Juli eine Lohnforderung auf Erhöhung des Stundenlohnes von 82 auf 40 Pf. und einer Aufbesserung der Abschläge ein. Hierauf erfolgte folgende Antwort:

Marne, den 26. Juli 1907. An die Lohnkommission hier.

Auf Ihre Zuschrift vom 21. d. M. teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß von uns Hüttenwerkeverwaltungen folgendes beschlossen ist:

Der Stundenlohn wird auf 35 Pf. pro Arbeitsstunde festgesetzt. Ueberstunden werden mit 40 Pf. pro Stunde nach der wöchentlichen Zeit berechnet und sind jedesmal, wenn erforderlich, zu machen. Der Arbeiter außerhalb Marnes, wo der Wohnort über drei Kil-

